



Newsletter Netzwerk Verkehrssicherheit

Ausgabe 11 | November 2017

Liebe Akteure der Verkehrssicherheitsarbeit, sehr geehrte Damen und Herren!

In diesem Newsletter möchten wir Sie über folgende Themen und Veranstaltungen informieren:

1. Aus den Brandenburger Landkreisen

- Erster Auftritt des Senioren-Präventionstheaters
- Aktionstage zur Rettungsgasse

2. Blick über die Landesgrenze

- Änderung des Bußgeldkatalogs
- Verkehrssicherheitsaktionen nach Zeitumstellung
- Verbot von Reklametafeln an Autobahnen in Tschechien

3. Lesens- und Sehenswertes rund um die Verkehrssicherheit

- Studie „Bremsen oder ausweichen? Oder sogar beides?“
- Online-Fahrprüfung
- Sicher unterwegs im Herbst

4. Termine und Hinweise

- Erfahrungsaustausch zum Radverkehr zwischen Berliner und Brandenburger Verkehrssicherheits-
experten
- Onlinebeteiligung Landesnahverkehrsplan 2018

5. Kurioses

- Ein freundlicher Hinweis

Wir wünschen viel Vergnügen beim Lesen!

Ihre Netzwerker
Maren Born, Marie Hensch und Erik Schubert

Erster Auftritt des Senioren-Präventionstheaters



© IFK e. V.



© IFK e. V.



© IFK e. V.

Am 08. November 2017 zeigte die von der Polizeiinspektion Dahme-Spreewald und dem „Netzwerk Verkehrssicherheit Brandenburg“ gegründete Seniorentheatergruppe zum ersten Mal einen Ausschnitt aus ihrem Programm. Die Laiendarsteller zeigten auf einer Informationsveranstaltung für Senioren zum Thema „Gesundheit“ im Rathaus Königs Wusterhausen zwei Szenen, die sich mit dem Thema „Verkehrssicherheit“, und damit im weiteren Sinne auch mit Seniorengesundheit, auseinandersetzen. Die erste Szene thematisiert den Schutz, den ein Helm beim Fahrradfahren bietet. Warum wird bei Kindern noch stark darauf geachtet, dass sie einen Helm tragen, aber viele Erwachsene und auch Senioren gehen nicht mit gutem Beispiel voran? Diese Lektion muss Klaus von seiner Enkelin lernen. Nachdem er und seine Frau in der Zeitung von einem schweren Fahrradunfall gelesen haben, will er die Enkelin mit guten Gründen vom Helmtragen überzeugen. Als der Fachhändler ihn fragt, was für einen Helm er denn habe, kommt Klaus in Erklärungsnot.

In der zweiten Szene sind Kurt und Hilde mit dem Auto unterwegs. Dabei geht es um die Fahrtauglichkeit älterer Menschen, Ablenkung im Straßenverkehr, Rücksicht auf andere Verkehrsteilnehmer und die richtige Absicherung einer Unfallstelle. Dabei stellt sich Kurt nicht besonders geschickt an, was die Teilnehmer der Veranstaltung zum Lachen brachte und sie feststellen ließ: Kurt sollte besser kein Auto mehr fahren.

Die Laienspielgruppe, deren Mitglieder zwischen 64 und 81 Jahren alt sind, meisterte ihren ersten Auftritt vor Publikum souverän. Sie trifft sich seit Ende September dieses Jahres einmal in der Woche für zwei Stunden zur Probe in Königs Wusterhausen. Das Projekt von Polizei und Netzwerk widmet sich neben Themen der Verkehrssicherheit auch der Aufklärung über unterschiedliche Betrugsmaschen wie dem Enkeltrick und einem Diebstahl im Café. Weitere Szenen sind in Planung. Zukünftig will das Laien-Ensemble auf Tournee durch Senioreneinrichtungen in der Region gehen. Dazu gibt es Sicherheitshinweise und Hintergrundinformationen von der Polizei und vom Netzwerk.

Aktionstage zur Rettungsgasse

Vom 24. bis 26. Oktober 2017 fanden Aktionstage zur korrekten Bildung von Rettungsgassen auf Brandenburger Autobahnraststätten statt. Verkehrsstaatssekretärin Ines Jesse eröffnete den Auftakt an der Raststätte „Am Kahlberg Ost“ an der A 13. Die Verkehrssicherheitskampagne „Lieber sicher. Lieber leben.“ war mit den Schutz(B)engeln, dem Smoothie-Bike und einem Gewinnspiel vor Ort und klärte die Autofahrer über das richtige Verhalten bei einer Staubildung auf. Ein Miniatur-Autobahnmodell wurde extra für die Aktionstage angefertigt, an dem die korrekte Bildung der Rettungsgasse für die Besucher simuliert wurde.



© Lieber sicher. Lieber Leben.



© Lieber sicher. Lieber Leben.



© Lieber sicher. Lieber Leben.

Mit den Aktionstagen sollte auf die Bedeutung von Rettungsgassen hingewiesen und den gehäuften Meldungen über Blockierungen der Rettungsgasse und damit einhergehenden Behinderungen von Rettungskräften entgegengewirkt werden.

2. Blick über die Landesgrenze

Änderung des Bußgeldkatalogs



© 3dkombinat – fotolia.com

Die am 19. Oktober 2017 in Kraft getretene Anpassung des Bußgeldkatalogs sieht neben härteren Strafen für Ablenkung durch digitale Geräte (siehe Newsletter Oktober) auch höhere Sanktionen für die Blockierung der Rettungsgasse vor.

Statt bisher 20 Euro müssen Verkehrsteilnehmer, die bei stockendem Verkehr keine freie Gasse bilden, nun mit einem Bußgeld von 200 Euro und zwei Punkten im Verkehrszentralregister rechnen. Wird die Durchfahrt von Polizei- und Rettungsfahrzeugen behindert, müssen künftig 240 Euro, bei Gefährdung 280 Euro und bei Sachbeschädigung 320 Euro Bußgeld bezahlt werden. Dazu kommen ebenfalls jeweils zwei

Punkte sowie ein Monat Fahrverbot. Auch Verkehrsteilnehmer, die im normalen Verkehr Einsatzfahrzeugen mit Blaulicht und Einsatzhorn keinen Platz machen, müssen mindestens 240 Euro bezahlen und erhalten ebenfalls zwei Punkte sowie einen Monat Fahrverbot. Neu hinzugekommen ist das Verhüllungsverbot am Steuer. Wer sein Gesicht während der Fahrt mit Masken, Burka oder Nikab verhüllt, muss mit Sanktionen in Höhe von 60 Euro rechnen. Damit soll erreicht werden, dass Fahrer auf Blitzerfotos eindeutig identifiziert werden können.

Verkehrssicherheitsaktionen nach Zeitumstellung

Die jährliche Zeitumstellung hat eine erhöhte Wildunfallgefahr zur Folge. Für viele Menschen findet der Weg zur Arbeit nun wieder während der Morgendämmerung statt, in der Wildtiere vermehrt unterwegs sind.

In Nordamerika findet die Zeitumstellung immer später statt, in diesem Jahr wurden die Uhren dort am 05. November 2017 zurückgestellt. Der kanadischen Polizei zufolge nehme die Zahl der Unfälle mit Fußgängern im November zu, was zum Teil auf die Zeitumstellung zurückzuführen sei. Besonders der Tag nach der Zeitumstellung, ob im Frühling oder Herbst, sei einer der gefährlichsten für Fußgänger. In Toronto beispielsweise hat die Zahl tödlicher Unfälle mit Fußgängern und Radfahrern in den letzten Jahren auch insgesamt zugenommen. In diesem Jahr sind bereits 28 Fußgänger tödlich verunglückt,



© Mr Twister – fotolia.com

mehr als die Hälfte aller tödlichen Verkehrsunfälle in der Stadt. Dies nahm die Polizei in Toronto zum Anlass, eine einwöchige Sicherheitskampagne für Fußgänger durchzuführen. Besonders Fußgängerüberwege, Kreuzungen und Schulbereiche lagen im Fokus polizeilicher Kontrollen. Eine häufige Gefahr seien vermeidbare Zusammenstöße von Fußgängern und Fahrzeugen, weshalb zur erhöhten Aufmerksamkeit im Straßenverkehr aufgerufen wurde.

Clarc County in den Vereinigten Staaten – die Region, in der auch die Stadt Las Vegas liegt – erwartet in diesem Jahr ebenfalls Höchstwerte tödlich verunglückter Fußgänger. Hier lag der Fokus von Aufklärungsaktionen besonders auf der früher einsetzenden Dunkelheit. Deshalb wurde für das Tragen heller Kleidung und reflektierenden Materials für bessere Sichtbarkeit geworben.

In Washington D. C. warnte die „AAA Foundation for Traffic Safety“ besonders vor der Gefahr, schläfrig im Straßenverkehr unterwegs zu sein. Durch Zeitumstellung, zeitige Dunkelheit und Schlafmangel würden Autofahrer mehr Unfälle verursachen und die Gefahr übermüdeten Fahrens unterschätzen. Auch hier sei die Unfallgefahr für Fußgänger im November und Dezember deshalb besonders hoch. Die Organisation klärte daher vor allem über die erhöhte Unfallgefahr bei Müdigkeit auf und riet allen Verkehrsteilnehmern zu besonderer Vorsicht.

Verbot von Reklametafeln an Autobahnen in Tschechien



© arnoldo96 – fotolia.com

Zahllose Werbetafeln mit unterschiedlichster Reklame – vom Mineralwasser bis zum Möbelhaus – säumten bislang tschechische Autobahnen. Nun ist das Aufstellen von Werbung direkt am Straßenrand verboten: Seit September 2017 müssen entlang von Autobahnen in Tschechien Werbetafeln mit Plakatwerbung mindestens 250 Meter entfernt von der Fahrbahn platziert werden.

Überraschend kam dieses Verbot nicht, bereits seit 2012 war beschlossen worden, innerhalb von fünf Jahren große Reklametafeln entlang der Autobahnen zu entfernen. Die Betreiber, welche ihre Tafeln noch nicht selbstständig entfernt hatten,

müssen nun die Kosten der staatlich organisierten Abnahme tragen.

Für die Verkehrssicherheit sei das Gesetz vorteilhaft, was unter anderem damit begründet wird, dass die Verkehrsteilnehmer von der Werbung nicht mehr abgelenkt werden. Außerdem entfalle auch die Gefahr einer Kollision mit den Reklametafeln im Falle eines Abkommens von der Fahrbahn. Das Verbot ist umstritten: Betreiber und Politiker befürchten Wirtschaftseinbußen; Kritiker bemängeln das Fehlen von Studien, die die Gefahr von Reklametafeln nachweisen.

3. Lesens- und Sehenswertes rund um die Verkehrssicherheit

Studie „Bremsen oder Ausweichen? Oder sogar beides?“

Das Institut für Zweiradsicherheit (ifz) e. V. hat kürzlich eine Studie veröffentlicht, welche bisherige Verhaltensempfehlungen für motorisierte Zweiradfahrer in prekären Situationen überprüft. Auf der Grundlage von Fahrversuchen mit insgesamt 101 Probanden sollten Erkenntnisse darüber gewonnen



© ifz e. V.

werden, welches Fahrmanöver bei welcher Geschwindigkeit am besten dazu geeignet ist, die Unfallfolgen minimal zu halten. Untersucht wurde die alleinige Vollbremsung, der alleinige Spurversatz (Ausweichen) und die Vollbremsung mit gleichzeitig stattfindendem Spurversatz bei Kollision mit einem sich bewegenden Hindernis.

Bis zu einer Geschwindigkeit von etwa 100 km/h mit ABS und bis zu 78 km/h ohne ABS sei die alleinige Vollbremsung effektiv. Danach sei der Spurversatz zielführender. Am sichersten wurde jedoch die Vollbremsung bei gleichzeitigem Spurversatz bewertet, da hier bei annähernd gleichem Anhalteweg ein beachtlicher Spurversatz erreicht werden könne. Wichtig sei, dass der Bremsvorgang dabei priorisiert wird. Anhand ihrer Erkenntnisse regen die Autoren an, das derzeitige „Bremsen-Lösen-Ausweichen“ in der Fahreraus- und -weiterbildung durch die Vollbremsung mit gleichzeitigem Spurversatz zu ersetzen.

Die Studie ist unter www.ifz.de abrufbar, die vollständige Auswertung weiterer Versuchsfahrten und die Darstellung aller Ergebnisse inklusive Teilnehmerbefragungen soll demnächst veröffentlicht werden.

Online-Fahrprüfung



© Runter vom Gas

Auf der Internetpräsenz der Kampagne „Runter vom Gas“ können sich Interessierte der „härtesten Fahrprüfung Deutschlands“ stellen. Dabei gilt es, zehn Fahrsituationen zu meistern. Nach jeder Situation bekommt der Nutzer wertvolle Rückmeldungen von Fahrprüfer Gernot Hassknecht, der es versteht, seine Prüflinge zu Höchstleistungen anzuspornen.

Die Online-Fahrprüfung kann unter www.runtervomgas.de gestartet werden.

Sicher unterwegs im Herbst



© candy1812 – fotolia.com

Auf seinem Internetauftritt hat der Allgemeine Deutsche Automobil-Club (ADAC) e. V. unter www.adac.de nützliche Hinweise für sicheres Fahren im Herbst zusammengestellt. Neben Informationen zu Licht, Geschwindigkeit, Abstand, Wildwechsel, Wagenpflege und technischen Assistenzsystemen können Interessierte ihr Wissen auch in einem passenden Quiz testen.

4. Termine und Hinweise

Erfahrungsaustausch zum Radverkehr zwischen Berliner und Brandenburger Verkehrssicherheitsexperten

Am 28. November 2017 führt das „Forum Verkehrssicherheit des Landes Brandenburg“ einen gemeinsamen Erfahrungsaustausch mit Berliner Verkehrssicherheitsexperten durch. Die ganztägige Veranstaltung findet ab 9.30 Uhr im Potsdam Museum statt. Der thematische Schwerpunkt des Erfahrungsaustauschs liegt auf dem Radverkehr. Auf der Veranstaltung werden am Vormittag Referenten aus dem Ministerium für Infrastruktur und Landesplanung (MIL), der Senatsverwaltung für Umwelt, Verkehr und Klimaschutz sowie Forumsmitglieder Fachvorträge halten. Am Nachmittag finden zwei Workshops zur aktuellen Gestaltung der Radverkehrsinfrastruktur sowie zur Bürgerbeteiligung bei Radverkehrskonzepten statt.

Teilnahmeinteressierte können sich noch bis zum 22. November 2017 per E-Mail an marie.hensch@ifk-potsdam.de anmelden.

Onlinebeteiligung Landesnahverkehrsplan 2018

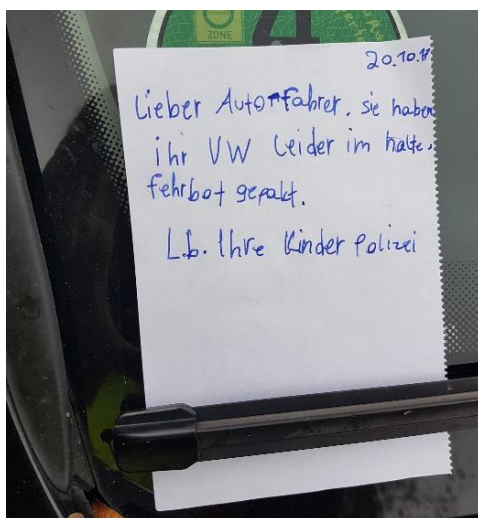
Um den Dialog mit den kommunalen Aufgabenträgern des ÖPNV, den Verbänden, den Kommunen, den Verkehrsunternehmen und den Bürgern zu fördern, führt das Ministerium für Infrastruktur und Landesplanung (MIL) aktuell ein Online-Beteiligungsverfahren zum vorliegenden Entwurf des Landesnahverkehrsplans (LNVP) durch.

Im LNVP werden Zielvorstellungen gebündelt, welche als Grundlage für die Schienenpersonennahverkehr-Vergaben den Regional- und S-Bahn-Verkehr bis weit in die 2030er Jahre bestimmen sollen.

Noch bis zum 04. Dezember 2017 können alle Interessierten den Entwurf des neuen LNVP 2018 einsehen und Anregungen sowie Hinweise an LNVP@mil.brandenburg.de geben. Detaillierte Informationen und der Planentwurf sind unter www.mil.brandenburg.de abrufbar.

5. Kurioses

Ein freundlicher Hinweis



© IFK e. V.

„Lieber Autofahrer, sie haben ihr VW leider im haltefehrbot geparkt. LG. Ihre Kinder Polizei“ – Diesen „Strafzettel“ schrieben die Fünftklässler der Grundschule Oderberg, als sie im Rahmen des Barnimer Projekts „Mit Rücksicht für mehr Sicherheit“ am 20. Oktober 2017 ihr Schulumfeld erkundeten. „Beobachtet, was andere Verkehrsteilnehmer falsch machen und schreibt es auf!“, lautete die Anweisung auf den von den Schülern genutzten Erkundungsbögen des Netzwerks. Das nahmen die Kinder wörtlich und ließen sich nicht davon abhalten, dem verkehrswidrig parkenden Fahrzeughalter eine Botschaft zu hinterlassen.

Haftungsausschluss

Die Mitarbeiter des Projekts „Netzwerk Verkehrssicherheit Brandenburg“ haben den Newsletter mit großer Sorgfalt erstellt. Alle Inhalte sind zur allgemeinen Information bestimmt und stellen keine geschäftliche, rechtliche oder sonstige Beratungsdienstleistung dar. Ein Anspruch auf Vollständigkeit besteht nicht. Das „Netzwerk Verkehrssicherheit Brandenburg“ übernimmt keine Gewähr und haftet nicht für etwaige Schäden materieller oder ideeller Art, die durch Nutzung der Informationen verursacht werden, soweit sie nicht nachweislich durch Vorsatz oder grobe Fahrlässigkeit verschuldet sind. Für die Inhalte von verlinkten Internetseiten ist das „Netzwerk Verkehrssicherheit Brandenburg“ nicht verantwortlich. Für die Angebote Dritter wird keine Haftung übernommen.

Hinweis

Der Gebrauch der männlichen Bezeichnungen für Personen und Personengruppen dient lediglich der Vereinfachung und der besseren Lesbarkeit. Wir weisen an dieser Stelle darauf hin, dass sowohl männliche als auch weibliche Personen bei den entsprechenden Beiträgen gemeint sind.

Impressum

Der Newsletter ist kostenfrei und erscheint monatlich. Für weiterführende Informationen, aber auch für Anregungen und Kritik wenden Sie sich bitte an die Netzwerker:

Region Nordwest: Marie Hensch, Tel.: 03301 - 706535, marie.hensch@ifk-potsdam.de

Region Nordost: Maren Born, Tel.: 03301 - 706534, maren.born@ifk-potsdam.de

Region Süd: Erik Schubert, Tel.: 0355 - 1215919, erik.schubert@ifk-potsdam.de

Weitere Informationen zum Projekt „Netzwerk Verkehrssicherheit Brandenburg“ erhalten Sie auch unter:

www.netzwerk-verkehrssicherheit.de

Institut für angewandte Familien-, Kindheits- und
Jugendforschung e. V. an der Universität Potsdam (IFK e. V.)
Zweigstelle Kremmen
Staffelder Dorfstraße 19
16766 Kremmen OT Staffelde

Newsletter abbestellen:

Wenn Sie diesen Newsletter in Zukunft nicht mehr erhalten möchten, antworten Sie bitte auf diese E-Mail mit dem Betreff: „Newsletter abbestellen“.